

Diese Runde ging an den Viadukt

Der Bezirksrat Einsiedeln und der Einwohnerverein Willerzell loten die Zukunftschancen des Willerzeller Viaduktes aus



Vi. Der Bezirksrat Einsiedeln ist in der im Juli 2017 eingesetzten Fachgruppe «Willerzeller Viadukt» mit Statthalter Hanspeter Egli direkt vertreten. Entsprechend erleichtert konnte Bezirksammann Franz Pirker zur Kenntnis nehmen, dass der Viadukt grundsätzlich sanierungsfähig ist. Das hat Auswirkungen auf die Haltung des Bezirksrats.

Was ist neu für den Bezirksrat? Was hat sich durch die Studien verändert?

Zunächst einmal ist der Bezirksrat Einsiedeln erleichtert, dass mit den beiden Gutachten gesicherte Fakten geschaffen werden konnten. Die beiden Gutachten kommen unabhängig voneinander zum Schluss, dass der Viadukt tatsächlich saniert werden kann. Auch was die Kosten einer Sanierung anbelangt, zeigt sich eine hohe Übereinstimmung. Eine hohe Sicherheit in diesen beiden Punkten ist wichtig, denn die so gewonnenen Erkenntnisse dienen als weitere Entscheidungsgrundlage.

Mit diesen gesicherten Fakten ist es nun auch möglich, die Öffentlichkeit zu informieren. Das Interesse der Öffentlichkeit, insbesondere der Willerzeller Bevölkerung, nach Information ist sehr gut verständlich. Bis anhin, und so auch an der Informationsveranstaltung von April 2017, war es dem Bezirksrat nicht möglich, zu kommunizieren, da noch keine gesicherten Fak-

ten zu den Kosten und zur Sanierungsfähigkeit zur Verfügung standen. Jetzt, mit dem Vorliegen der beiden Studien, sind wir nun einen grossen Schritt weiter und können erstmals zum Willerzeller Viadukt informieren.

Was heisst das für den Bezirksrat Einsiedeln?

Die neuen Erkenntnisse werden nun in die Gesamtverhandlungen einfließen. Die Verhandlungen zwischen den fünf Konzedenten, den Kantonen Schwyz, Zürich und Zug sowie den Bezirken Einsiedeln und Höfe und den SBB als Konzessionsnehmer, sind äusserst komplex und aufwendig. Mit den nun gesicherten Fakten kann sich der Bezirk Einsiedeln besser und dezidiert für den Erhalt des Viaduktes einsetzen.

Wie ist Ihre Einschätzung im Hinblick auf das Anlegen vieler Willerzeller und auch Einsiedler: Ist der Viadukt als Strassenverbindung gesichert?

Der Erhalt des Viaduktes ist Gegenstand der Verhandlungen der Konzedenten und der SBB, aber er macht nur einen Teil davon aus. Der Bezirk Einsiedeln hat noch andere wichtige Forderungen. Der Erhalt des Viaduktes hängt nicht vom Bezirk Einsiedeln allein ab. Mit der nun feststehenden Sanierungsfähigkeit und der Kostensicherheit ist die Position des Bezirks Einsiedeln jedoch einfacher und bestimmter

zu vertreten. Erst mit klaren Fakten lässt sich auch klar verhandeln.

Ist die Ausgangslage für einen Erhalt des Viaduktes als Strassenverbindung aus Sicht des Bezirksrats besser geworden?

Die Ausgangslage ist besser geworden. Mit der Sicherheit, was die Kosten und die Sanierungsfähigkeit anbelangt, bestehen für die Verhandlungen nun fundierte Grundlagen.

Welche Ansicht vertritt der Bezirksrat?

Der Bezirksrat Einsiedeln wird sich in den Verhandlungen für den Erhalt des Viaduktes einsetzen. Der Viadukt hat sich seit Jahrzehnten als Verbindung über den See bewährt und ist im Selbstverständnis aller Seeanwohner tief verankert. Die Wichtigkeit des Viaduktes für die Mobilität der lokalen Bevölkerung ist klar gegeben.

Darf er zu laufenden Verhandlungen überhaupt seine Ansicht öffentlich kundtun?

In der Tat kann und darf der Bezirk Einsiedeln über laufende Verhandlungen keine Auskunft geben. Die verschiedenen Konzedenten und der Konzessionsnehmer sind aber übereingekommen, zum jetzigen Zeitpunkt über die gesicherten Fakten zum Willerzeller Viadukt zu informieren.

Interview: Victor Kälin

Vi. Auch der Einwohnerverein Willerzell und die Kommission Pro Viadukt wurden durch den Kanton direkt orientiert. Als Kommissionspräsident beantwortete Walo Schönbächler für beide Willerzeller Gruppierungen die Fragen unserer Zeitung.

Was hat sich aufgrund der Information des Kantons verändert?

Die Orientierung hat unsere schon länger kommunizierten Zahlen zu den Viadukt-Kosten erhärtet. Sie liefern eine Bestätigung für die Experten von Ingenieur Edgar Kälin und Professor Eugen Brühwiler, auf deren Berechnungen wir uns verlassen haben – zu Recht, wie sich jetzt zeigt. Nun ist es offiziell, dass der Viadukt wirtschaftlich saniert werden kann und dass es sinnvoll ist, das auch zu tun. Dass die Variante für die motorisierte Verkehrsverbindung sogar günstiger ist als jene des Langsamverkehrs, spricht zusätzlich für unser Anliegen. Und letztlich wird auch bestätigt, dass eine Verbreiterung auf 5,40 Meter möglich ist.

Was bedeuten die neuen Erkenntnisse für Einwohnerverein und Kommission Pro Viadukt?

Unser Einsatz, unser politischer Druck hat sich gelohnt: Der Kanton ist nochmals über die Bücher gegangen. Dass Regierungsrat René Bünler die Fachgruppe 10 ins Leben gerufen hat, ist loblich zu erwähnen. Es standen doch einige

Gutachten im Raum; nun ist Klarheit geschaffen worden. Dafür winden wir Herrn Bünler ein kleines Kränzchen.

Wie lautet Ihre Einschätzung im Hinblick auf die Willerzeller Hauptforderung: den Viadukt als Strassenverbindung zu sichern?

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Fakten zur Sanierbarkeit geschaffen und bekannt sind. Aus unserer Sicht sind das positive Fakten. Die politische Würdigung hingegen ist ausstehend; die Verhandlungen dauern an. Noch ist nicht definitiv in unserem Sinne entschieden, als dass wir unsere Arbeit einstellen könnten. Wir halten Augen und Ohren unverändert offen und verfolgen die Entwicklung genau.

Hat sich die Situation für die Willerzeller aufgrund der neuen Erkenntnisse verändert?

Es sieht tatsächlich besser aus als zuvor. Regierungsrat René Bünler bestätigte uns am Orientierungabend, dass alternative Anfahrtswege wie jener über den Steinhach-Viadukt nicht mehr geprüft würden ...

Leiten Sie damit ab, dass der Verkehr in Zukunft auch weiterhin über den Willerzell-Viadukt führt?

Es tönt fast so ... Aber das sind nur mündliche Aussagen, keine geschriebenen Fakten. Und sie sind auch kein Verhandlungsergebnis.

Muss der Kampf um den Strassen-Viadukt demnach weitergeführt werden?

Ja, das ist so, wobei ich nicht von «Kampf» sprechen will. Wir wollen die politische Behörde, die Entscheidungsträger begleiten, ihnen informativ zur Seite stehen. Wir wollen ja keine Front aufbauen. Unsere Absicht war von allem Anfang an, mit Informationen und Aufklärung an die Leute zu gelangen, und nicht als Gegner. Selbst wenn wir mit einer Heugabel auftauchen ...

Was planen Einwohnerverein und Pro Viadukt in nächster Zeit?

Im Moment sind keine weiteren Aktionen geplant. In naher Zukunft werden wir mit den verschiedenen politischen Instanzen – Bezirksrat, Kantonsrat, Regierungsrat – Kontakt aufnehmen, um weiterhin unsere guten Dienste anzubieten.

Abschliessend möchte ich erwähnen, dass wir Willerzeller die öffentliche Kommunikation sehr schätzen. Die Regierung hat ihr Versprechen nach Transparenz eingehalten. Sie ist beim Viadukt über den Schatten gesprungen. Das ist aus unserer Sicht erwähnens- und lobenswert.

Eine letzte Frage: Glauben Sie, dass der Viadukt als Autoverbindung erhalten bleibt?

Ich bin fest davon überzeugt!
Interview: Victor Kälin

Militärdienst für alle gefordert

Drei Forderungen stellte das Schwyzer Jugendparlament aus, welche auf politischer Ebene weiterverfolgt werden sollen. Eine betrifft den obligatorischen Militärdienst für Frauen.

(Mitg.) «Hab Mut, auch in die Diskussionen einzubringen – eure Meinung zählt!» Die motivierende Begrüssungsrede von Michael Rüegg, Vorstandsmitglied des Jugendparlaments Kanton Schwyz, schien die Jugendlichen zu beflügeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stürzten sich in die Gruppenarbeit, diskutierten und schlossen Kompromisse – wie das Politiker eben tun.

Zusammen mit zwei Vorstandsmitgliedern erarbeiteten die Jungparlamentarier und -parlamentarierinnen in drei Gruppen zu den Themen «Jugendarbeit», «Militär 2.0.» und «Kirche und Staat» konkrete Forderungen, welche am Schluss

sentationen konnten die Jugendlichen schliesslich im Plenum für oder gegen die entsprechende Forderung stimmen.

Vereine, Militär, Kirche

Den Anfang machte die Gruppe «Jugendarbeit». Sie habe sich, so Nujin Ak (Teilnehmerin), vor allem über das Vereinssterben unterhalten. Für die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft ist es wichtig, dass sie in ein geschütztes Umfeld kommen, wo sie ihre Fähigkeiten und Leidenschaften pflegen können. Deshalb schlugen die Jugendlichen vor, eine jährliche Vereinsmesse zu organisieren, wo sich Kinder und Jugendliche, aber auch ihre Eltern, über die verschiedenen Vereinsangebote informieren können. Die Forderung wurde mit tosendem Applaus deutlich angenommen.

Die zweite Gruppe beschäftigte sich mit dem Thema «Militär 2.0.». Im Plenum stellte sie zwei Forderungen vor, die zeigten, dass die

Struktur sanierungsbedürftig ist. Einerseits sollten in Zukunft auch Frauen an den Aushebungen teilnehmen und ihren Dienst für die Gesellschaft leisten. Andererseits bemängelte sie die unzureichenden Mittel des Schweizer Militärs im Cyberbereich. Diesen müsse man weiter ausbauen, um sich vor Angriffen schützen zu können. Die erste Forderung wurde knapp, die zweite deutlich angenommen.

Die letzte Gruppe stellte ebenfalls zwei Forderungen. Das Thema «Kirche und Staat» reduzierte die Gruppe auf ihr konkretes Umfeld: den Schulunterricht. Dabei ging es um die Fragen, ob der heutige Religionsunterricht ausreichend und zeitgemäss ist. Die Gruppe forderte, dass Religion weiterhin Thema bleibt, aber vor allem ethische Werte vermittelt werden sollen. Dieses multikonfessionelle Fach sollte entsprechend durch fachkundige und kompetente Lehrpersonen gestaltet werden. Auch diese beiden Forderungen

Bund finanziert Steuerausfälle

Die Steuervorlage 17 helfe den reichen Kantonen, schreibt der «Tages-Anzeiger». Nun so sei das nicht, heisst es nun beim Schwyzer Finanzdepartement.

(adm) Mit einem grossen Artikel macht der «Tages-Anzeiger» auf die laufende Debatte zur Steuervorlage 17 aufmerksam. Aktuelle Zahlen zeigten, dass Tiefsteuernkanton wie Zug und Schwyz speziell gut wegkämen. «Innen finanziert der Bund eine Steuersenkung», so der am Mittwoch gleich in mehreren Schweizer Zeitungen publizierte Artikel.

Heftig diskutiert werde nämlich der «Steuer-Teil» in der Vorlage. Hier geht es um die neuen Steuerabzüge, die «als Ersatz für die heutigen international geächteten Steuerermässigungen geplant seien». Kaum zu bedenke aber, so klagt der «Tages-Anzeiger», der «Finanz-Teil» der

nen gesamthaft rund eine Milliarde Franken jährlich abtreten.

29 Millionen für Schwyz?

Hier setzt die Kritik der Zürcher an: So falle auf, dass Geberkanton besser erhalte als Nehmer. Basel-Stadt erhielte etwa 100 Millionen Franken mehr vom Bund als bisher. Doch auch die Kantone Zug, Nidwalden und Schwyz als weitere Geberkanton würden massiv mehr Geld erhalten. Sie folgen in der Rangliste sogar gleich hinter Basel. So absolut stimme die Stossrichtung der Kritik aber nicht, heisst es beim Schwyzer Finanzdepartement. Im Kanton Schwyz gehe es um fünf Prozent aller juristischen Personen, die aber 30 Prozent aller Steuern der juristischen Personen begleichen. Der Anteil, den der Kanton Schwyz mit der angedachten erhöhten Bundessteuer erhält, dürfe gemäss Schätzungen rund 29 Millionen Franken betragen.

«Die SV17 stellt für den Kanton

Gefahr dar», sagt denn auch der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel. Sie sei «vielmehr sogar eine grosse Chance, den Wirtschaftskanton Schwyz für alle Unternehmen zu stärken und sogar noch attraktiver zu machen».

Der Grund laut Michel: «Weil rund ein Drittel der Steuerelder von juristischen Personen im Kanton von den heutigen Statusgesellschaften stammen», sei ihre Bedeutung entsprechend hoch. Auch der Bund habe deshalb Interesse, dass diese Firmen im Land gehalten werden können. «Deshalb», so Michel, «rechtzeitig sich der erhöhten Anteile der Kantone an der direkten Bundessteuer.»

Mit diesem Anteil und weiteren Massnahmen kann der Kanton Schwyz laut Michel «die drohenden Steuerausfälle vollumfänglich gegenfinanzieren, ohne die natürlichen Personen belasten zu müssen». Mit anderen Worten: «Wir werden für Firmen steuerlich attrak-

